

Übersetzung

Staatsanwaltschaft

Kollegium der Generalprokuratoren

Brüssel, den 23. November 2011

RUNDSCHREIBEN Nr. 12/2011 DES KOLLEGIUMS DER GENERALPROKURATOREN BEI DEN APPELLATIONSHÖFEN

Sehr geehrter Herr Generalprokurator,
Sehr geehrter Herr Föderalprokurator,
Sehr geehrter Herr /Sehr geehrte Frau Prokurator des Königs,
Sehr geehrter Herr/sehr geehrte Frau Arbeitsauditor,

**BETRIFFT: Zusatz 2 zum Rundschreiben Col 8/2011 über die Organisation des
anwaltlichen Beistands ab der ersten Vernehmung im Rahmen des belgischen
Strafprozessrechts – Situation von Minderjährigen und von Personen, die
verdächtigt werden vor ihrem achtzehnten Lebensjahr eine als Straftat
qualifizierte Tat begangen zu haben**

<p>Sekretariat des Kollegiums der Generalprokuratoren – Rue Ernest Allard 42 – 1000 Brüssel Tel: 02/500 86 01 – Fax: 02/500 86 13 E-Mail: secr.colpg@just.fgov.be</p>
--

Inhaltsverzeichnis

I.	Allgemeines	4
II.	Rechte, die der vernommenen Person gewährt werden	5
A.	Grundinformation	5
1.	Grundsatz	
2.	Information, die an alle Personen ergehen müssen, ungeachtet ihrer Eigenschaft (Opfer, Zeuge oder Verdächtige- siehe Art. 47bis, §1, StPGB)	5
2.1.	Allgemeine Bestimmungen	5
2.2.	Besonderer Fall der audiovisuellen Aufzeichnung der Vernehmung eines Minderjährigen, der Opfer oder Zeuge von Straftaten ist	5
3.	Besonderer Fall von minderjährigen Verdächtigen	6
<p><i>Zusätzliche Informationen, die einer Person mitgeteilt werden müssen, die vernommen wird über als Straftaten qualifizierte Taten, die ihr zur Last gelegt werden können (Siehe Art. 47bis, §2, StPGB)</i></p>		
B.	Zusätzliche Informationen, die einer Person mitgeteilt werden müssen, die vernommen wird über als Straftaten qualifizierten Taten, die ihr zur Last gelegt werden können (Siehe Art. 47bis, §2, StPGB)	7
C.	Vertrauliche Beratung mit einem Rechtsanwalt	7
1.	Grundsatz	7
2.	Wahl des Anwalts	7
3.	Minderjähriger, der per schriftlicher Aufforderung zur Vernehmung einbestellt wird und diese Aufforderung die Informationen über seine Rechte und die kurze Mitteilung der Taten enthält	7
4.	Minderjähriger, der ohne Aufforderung vernommen wird bzw. wenn die Aufforderung keine Informationen über seine Rechte und die kurze Mitteilung über die Taten enthält	8
5.	Besonderer Fall der Person, die zum Zeitpunkt der Vernehmung volljährig ist	8
D.	Wahl und Bestellung des Anwalts	8
III.	Recht auf anwaltlichen Beistand für jede Person, der die Freiheit entzogen wird und die durch die Polizei, den Prokurator des Königs oder den Untersuchungsrichter verhört wird	10
A.	Recht auf vorherige Beratung (Art. 2bis, §1, GUH)	10
B.	Recht auf Beistand während des Verhörs (Art. 2bis, §2, GUH)	10
C.	Recht eine Vertrauensperson über die Festnahme zu informieren (Art. 2, §3, GUH)	11
1.	Grundsatz	11

2. Zusätzliches Recht: zwingende Mitteilung an Vater, Mutter oder an die Person, die das Sorgerecht für den Minderjährigen hat (Art. 48bis, §1, GJS)	11
IV. Anordnung zur Verlängerung des Freiheitsentzugs	12
V. Recht auf anwaltlichen Beistand bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter (Art. 16, §2, Abs. 2 bis 4, GUH)	13
A. Erscheinen vor dem Untersuchungsrichter, wenn ein Haftbefehl erlassen werden kann	13
B. Erscheinen vor dem Untersuchungsrichter, wenn dies auf der Grundlage von Art. 49 des Jugendschutzgesetzes beantragt wurde	13
Anlage	

I. Allgemeines

1. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 13. August 2011 zeigen deutlich, dass der Gesetzgeber davon ausgegangen ist, dass die Gesetzesbestimmungen des Gesetzes vom 20. Juli 1990 über die Freiheitsentziehung auch für Minderjährige gelten. Dies geht insbesondere aus den Bestimmungen hervor, die besagen, dass nur eine volljährige Person auf bestimmte Rechte verzichten kann, die einer vernommenen Person oder einer Person, der die Freiheit entzogen wird, gewährt werden.

Dennoch erweist es sich als notwendig, die besondere Situation der Personen zu beleuchten, die wegen einer als Straftat qualifizierten Tat, die sie vor ihrem achtzehnten Lebensjahr begangen haben, verfolgt werden (im weiteren Text wird der Begriff „*Minderjähriger*“ verwendet, außer wenn auf die spezifische Situation verwiesen wird, wo ein Volljähriger verfolgt wird wegen einer als Straftat qualifizierten Tat, die er vor seinem achtzehnten Lebensjahr begangen hat).

2. Im Rundschreiben COL 8/2011 steht über den Verzicht des Rechts auf die Beratung mit einem Anwalt (Punkt II.C.1.3., Seite 54) Folgendes: *„Der Europäische Gerichtshof ist in der Tat der Auffassung, dass je schwerwiegender die zur Last gelegten Taten sind oder je schutzbedürftiger eine Person ist, desto strenger sind die Anforderungen für die Festlegung der konkreten Modalitäten des Rechtsbeistands zu stellen....“*

Folglich müssen die folgenden drei Grundsätze auf Minderjährige angewendet werden:

- a) der Minderjährige muss über dieselben Rechte wie ein Volljähriger verfügen;
- b) angesichts der mutmaßlichen Schutzbedürftigkeit, die mit seiner Minderjährigkeit einhergeht, darf er nicht rechtsgültig auf seine Rechte verzichten;
- c) er muss immer in den Genuss der zusätzlichen Rechte kommen, die im Gesetz über den Jugendschutz vorgesehen sind.

3. Mit diesem Zusatz zum Rundschreiben COL 8/2011 wird lediglich die besondere Situation der Minderjährigen aufgegriffen. Es wird also nicht ausgiebig auf das neue Regelwerk, das per Gesetz vom 13. August 2011 eingeführt wurde, eingegangen, noch auf die allgemein durch dieses Gesetz aufgeworfenen Fragen. Für diese wird auf den Inhalt des Rundschreibens COL 8/2011 verwiesen.

4. Ein Schema mit dem Titel „Salduz-Skala“, das auf der Vorlage aus dem Rundschreiben COL 8/2011 (Seite 14) basiert und als Anlage beigefügt ist, beschreibt die den Minderjährigen verliehenen Rechte in den verschiedenen im Gesetz vorgesehenen Fällen.

VI. Rechte, die der vernommenen Person gewährt werden

A. Grundinformation

1. Grundsatz

Alle Grundinformationen, die nach einer (schriftlichen) Aufforderung oder nach einer Freiheitsentziehung mitzuteilen sind, müssen einem Minderjährigen ebenfalls mitgeteilt werden.

2. Informationen, die an alle Personen ergehen müssen, ungeachtet ihrer Eigenschaft (Opfer, Zeuge oder Verdächtige) (siehe Art. 47bis, §1, StPGB)

2.1. Allgemeine Bestimmung

2.1.1. Jeder Minderjährige hat das Recht auf dieselben Informationen wie der in Artikel 47bis, §1 StPGB erwähnte Volljährige. Es geht um die kurzgefasste Mitteilung über die Taten, zu denen er verhört wird und die Mitteilung dass:

- er darum bitten kann, dass alle ihm gestellten Fragen und von ihm gegebenen Antworten mit dem verwendeten Wortlaut niedergeschrieben werden;
- er um die Verrichtung einer bestimmten Ermittlungshandlung oder die Durchführung einer bestimmten Vernehmung ersuchen kann;
- seine Erklärungen als Beweis vor Gericht verwendet werden können;
- und dass er nicht gezwungen werden kann, sich selbst zu beschuldigen.

2.1.2. Diese Bestimmung findet Anwendung zu Beginn jeglicher Form von Vernehmung, sei es durch die Polizei, den Prokurator des Königs oder den Untersuchungsrichter.

2.2. Besonderer Fall der audiovisuellen Aufzeichnung der Vernehmung eines Minderjährigen, der Opfer oder Zeuge von Straftaten ist

2.2.1. In Bezug auf Minderjährige, die als Opfer oder Zeugen von Straftaten vernommen werden, ist nicht aus den Augen zu verlieren, dass die Artikel 92 und folgende StPGB die Möglichkeit vorsehen, dass der Prokurator des Königs oder der Untersuchungsrichter die Ton- und Bildaufzeichnung der Vernehmung von minderjährigen Opfern oder Zeugen von in Artikel 91bis StPGB erwähnten Straftaten anordnen kann, dies mit deren Zustimmung. Diese Artikel legen auch den allgemeinen Rahmen für derartige Vernehmungen fest.

2.2.2. Das ministerielle Rundschreiben vom 16. Juli 2001 bezweckt die praktische Umsetzung dieser verschiedenen Bestimmungen. Die für die Vernehmung von Minderjährigen ausgearbeitete Methode sieht verschiedene Etappen vor, sie ist nicht suggestiv und trägt dem Entwicklungsstand des vernommenen Minderjährigen Rechnung. Das Ziel ist eine Wiedergabe der Worte des Minderjährigen zu erreichen, die so genau, wahrheitsgetreu und rücksichtsvoll wie möglich ist.

Dies verlangt vom Ermittler die Vermeidung jedweden suggestiven Wortes und/oder jedweder suggestiven Handlung, die die Erzählung des Minderjährigen beeinflussen könnten.

2.2.3. Angesichts des neuen Wortlautes von Artikel 47bis StPGB, auf den Artikel 96 StPGB sich bezieht, muss der Polizeibeamte, der die per Video aufgezeichnete Vernehmung vornimmt, von nun an die befragte Person kurz über die Taten, zu denen sie vernommen wird, informieren und ihr mitteilen, dass sie nicht gezwungen werden kann, sich selbst zu beschuldigen.

2.2.4. Die strikte Einhaltung dieser Verpflichtung, den Minderjährigen zu informieren, beinhaltet das Risiko, dass das Ziel der Videovernehmung gefährdet ist, das heißt das Vermeiden von Suggestion und das Fördern eines freien Erzählens durch den Minderjährigen.

2.2.5. Da der Gesetzgeber Artikel 96, Abs. 1 StPGB nicht geändert hat und dieser ausdrücklich vorsieht, dass im Protokoll *„die in Artikel 47bis vorgesehenen Angaben“* (frei übersetzt) angegeben werden, müssen alle in diesem Artikel erwähnten Informationen dem Minderjährigen mitgeteilt werden.

Wie die ministerielle Richtlinie vom 16. Juli 2001 (Punkt 5.3.1.2.) dies jedoch bereits vorsah, erfolgt dies *„mit einer Wortwahl, die seinem Alter und seinem Auffassungsvermögen angepasst ist“* (frei übersetzt).

Zu berücksichtigen ist auch die besondere Lage der vernommenen Person (ein minderjähriges Opfer oder ein minderjähriger Zeuge von Straftaten), die besonderen Umstände in der Akte und der methodologische Rahmen der eingesetzten Vernehmungstechnik.

2.2.6. Dieser Punkt muss ebenfalls in der Gesetzesevaluierung angesprochen werden.

3. Besonderer Fall von verdächtigen Minderjährigen

3.1. Bei der Vernehmung von Minderjährigen, die in Verdacht stehen eine als Straftat qualifizierte Tat begangen zu haben, ist Artikel 47bis StPGB strikt anzuwenden, ungeachtet dessen, ob Artikel 112ter StPGB gemäß eine Bild- und Tonaufzeichnung oder nur eine Tonaufzeichnung der Vernehmung erfolgt.

3.2. Die in Artikel 47bis vorgesehenen Informationen werden diesen Minderjährigen genauestens mitgeteilt, wobei darauf zu achten ist, dass sie deren Tragweite verstehen. Was die Informationen über die Taten angeht, so sind die allgemeinen Anweisungen aus dem Rundschreiben COL 8/2011 (Punkt II.A.4., S. 24 und 25) zu beachten. Es gilt in jedem Fall, jedwede Suggestion zu vermeiden in der Art und Weise, wie die Taten dargestellt werden.

B. Zusätzliche Informationen, die einer Person mitgeteilt werden müssen, die vernommen wird über als Straftaten qualifizierte Taten, die ihr zur Last gelegt werden können (Siehe Art. 47bis, §2, StPGB)

Es ist ebenfalls logisch, dass jede minderjährige oder volljährige Person, die zu Taten verhört wird, die sie vor ihrem achtzehnten Lebensjahr begangen hat, die gleichen Informationen erhält wie ein Volljähriger, der zu Taten, die er nach seiner Volljährigkeit begangen hat, verhört wird. Diese Informationen betreffen das Recht zu schweigen und das Recht auf eine vertrauliche Beratung mit einem Rechtsanwalt.

C. Vertrauliche Beratung mit einem Rechtsanwalt

1. Grundsatz

Artikel 47bis, §2, 3. StPGB sieht vor, dass nur eine volljährige Person auf die vertrauliche Beratung mit einem ihr zugewiesenen Anwalt oder einem Anwalt ihrer Wahl vor der ersten Vernehmung verzichten kann.

Daraus folgt, dass ein Minderjähriger, der vernommen wird, nicht auf dieses Recht verzichten kann.

2. Wahl des Anwalts

Unter Punkt II.D folgen mehr Erläuterungen in Bezug auf die Wahl und die Bestellung eines Anwalts.

3. Minderjähriger, der per schriftlicher Aufforderung zur Vernehmung einbestellt wird und diese Aufforderung die Informationen über seine Rechte und die kurze Mitteilung der Taten enthält

3.1. Obschon Minderjährige nicht auf die vertrauliche Beratung mit einem Anwalt verzichten dürfen, macht das Gesetz keinen Unterschied zwischen Volljährigen und Minderjährigen, wenn die erste Vernehmung nach einer schriftlichen Aufforderung stattfindet, in der die Rechtsbelehrung und die Kurzmitteilung über die Taten enthalten sind. In diesem Fall bestimmt das Gesetz, dass „angenommen werden kann, dass die betreffende Person einen Anwalt konsultiert hat, ehe sie für die Vernehmung vorstellig wurde.“ (frei übersetzt)

3.2. Bittet der Minderjährige jedoch ausdrücklich darum, so erfolgt die Vernehmung erst nach einem Beratungsgespräch des Minderjährigen mit seinem Anwalt oder dem Anwalt, der ihm beigelegt wurde, und zwar entweder in den Räumlichkeiten der Polizei oder telefonisch. Gegebenenfalls ist der Bereitschaftsdienst der Rechtsanwaltskammer zwecks Bestellung eines Anwalts zu kontaktieren.

4. Minderjähriger, der ohne Aufforderung vernommen wird beziehungsweise wenn die Aufforderung keine Informationen über seine Rechte und die kurze Mitteilung über die Taten enthält

4.1. Wird der Minderjährige ohne Aufforderung vernommen oder beinhaltet die Aufforderung nicht die Rechtsbelehrung und die Kurzmitteilung über die Taten, so erfolgt die Vernehmung erst nachdem der Minderjährige sich mit seinem Anwalt oder einem ihm zugewiesenen Anwalt beraten hat, sei es in den Räumlichkeiten der Polizei oder telefonisch. Gegebenenfalls ist der Bereitschaftsdienst der Rechtsanwaltskammer zwecks Bestellung eines Anwalts zu kontaktieren.

4.2. Falls der Minderjährige darum ersucht, wird die Vernehmung ein einziges Mal verschoben, damit er einen Anwalt zu Rate ziehen kann.

5. Besonderer Fall der Person, die zum Zeitpunkt der Vernehmung volljährig ist

5.1. Für die Anwendung des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz¹ wird ein Jugendlicher, der das achtzehnte Lebensjahr erreicht hat, allgemein mit einem Minderjährigen gleichgesetzt. So geht man davon aus, dass ein Jugendlicher, der das Alter von achtzehn erreicht hat, genauso wie ein zwölfjähriger Minderjähriger bei jedem Erscheinen vor dem Jugendgericht von einem Anwalt beigegeben werden muss (Art. 52ter, Absatz 2 GJS).

Somit erscheint es logisch, immer die Anwesenheit eines Anwalts vorzusehen bei Taten, die vor dem achtzehnten Lebensjahr begangen wurden, auch wenn der Verdächtige zum Zeitpunkt der Vernehmung achtzehn Jahre alt ist.

5.2. Da der Text von Artikel 47bis, §2, 3. StPGB keinen Unterschied macht in Bezug auf die Tatsache, ob die Taten, zu denen die volljährige Person vernommen wird, vor oder nach dem Alter von achtzehn Jahren begangen wurden und angesichts der Eindeutigkeit der Worte „*lediglich eine zu vernehmende volljährige Person kann rechtsgültig verzichten...*“ (frei übersetzt), ist davon auszugehen, dass eine volljährige Person, die zu Taten vernommen wird, die vor dem Alter von achtzehn Jahren begangen wurden, rechtsgültig auf die vertrauliche Beratung verzichten kann und angenommen werden kann, dass sie einen Anwalt zu Rate gezogen hat, wenn sie in der Aufforderung über ihre Rechte informiert wurde.

D. Wahl und Bestellung des Anwalts

1. Die Wahl des Anwalts erfolgt durch die Person(en), die die elterliche Gewalt ausübt (ausüben) (im Prinzip Vater und Mutter, aber gegebenenfalls auch der Vormund oder der gerichtliche Vormund).

¹ In der Folge erfolgt im Rundschreiben jeder Verweis auf das Gesetz vom 8. April 1965 über den Jugendschutz, die Betreuung Minderjähriger, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, und die Wiedergutmachung des durch diese Tat verursachten Schadens in der folgenden Form: „Artikel X GJS“.

2. In Anbetracht der Dringlichkeit wird es sehr oft nicht möglich sein, darauf zu warten, dass solch eine Wahl erfolgt. Folglich wird sofort das Notwendige veranlasst, damit von Amts wegen ein Anwalt bestellt wird, dies durch Kontaktaufnahme mit dem Bereitschaftsdienst des Bezirks des Ortes der Vernehmung, Bereitschaftsdienst, der von der Anwaltskammer der französischsprachigen und deutschsprachigen Anwaltskammer oder vom „Orde van de Vlaamse Balies“ organisiert wird, oder in Ermangelung dessen, vom Vorsitzenden der Anwaltskammer des Bezirks des Ortes der Vernehmung.

3. Dennoch wird der Jugendliche auch gefragt, ob er schon einen (eventuell auf der Grundlage von Artikel 54bis GJS bestellten) Anwalt hat, der ihm bei einem Verfahren vor dem Jugendgericht beisteht und ob er diesen Anwalt hinzuziehen möchte. Falls ja, wird dieser Anwalt kontaktiert. Ist dieser Anwalt nicht verfügbar (u.a. weil er der Anwaltskammer eines anderen Bezirks angehört), wird mit dem Bereitschaftsdienst der Anwaltskammer Kontakt aufgenommen.

III. Recht auf anwaltlichen Beistand für jede Person, der die Freiheit entzogen wird und die durch die Polizei, den Prokurator des Königs oder den Untersuchungsrichter verhört wird

A. Recht auf vorherige Beratung (Art. 2bis, §1, GUH²)

1. Hier muss auf das verwiesen werden, was unter Punkt II.C. dargelegt wurde.
2. Des Weiteren ist Artikel 2bis, §1 Absatz 2 bis 4 GUH flexibel zu handhaben, so wie dies im Rundschreiben COL 8/2011 für Volljährige vorgesehen ist (S. 51). Dies zieht das Folgende nach sich:
 - a) die Wartezeit von zwei Stunden wird um dreißig Minuten für das vertrauliche Beratungsgespräch verlängert, wenn der Anwalt eintrifft, ehe diese zwei Stunden abgelaufen sind.
 - b) Konnte das vertrauliche Beratungsgespräch nicht binnen der zwei Stunden erfolgen, wird eine vertrauliche Beratung per Telefon mit dem von der Anwaltskammer eingerichteten Bereitschaftsdienst organisiert.
 - c) Anschließend kann die Vernehmung beginnen, auch wenn kein Anwalt anwesend ist (siehe weiter unten).

B. Recht auf Beistand während des Verhörs (Art. 2bis, §2, GUH)

1. Der Minderjährige kann nicht auf dieses Recht verzichten.
2. Aus den gleichen Gründen wie jene, die für das vertrauliche Beratungsgespräch gelten, (siehe II.C.5 weiter oben) ist davon auszugehen, dass die volljährige Person, die zu Taten befragt wird, die vor ihrem achtzehnten Lebensjahr begangen wurden, im Laufe der Vernehmung rechtsgültig auf den anwaltlichen Beistand verzichten kann.
3. Wie bereits weiter oben erwähnt (Punkt III.A.2.), kann die Vernehmung nach dem Telefongespräch mit dem Bereitschaftsdienst der Anwaltskammer beginnen, auch wenn kein Anwalt anwesend ist.

² Jeder weitere Verweis auf das Gesetz vom 20. Juli 1990 über die Untersuchungshaft erfolgt unter folgender Form: „Artikel X GUH“.

C. Recht eine Vertrauensperson über die Festnahme zu informieren (Art. 2, §3, GUH)

1. Grundsatz

Dieses Recht wird jeder Person gewährt, der die Freiheit entzogen wird, ungeachtet dessen, ob sie volljährig oder minderjährig ist.

2. Zusätzliches Recht: zwingende Mitteilung an Vater, Mutter oder an die Person, die das Sorgerecht für den Minderjährigen hat (Art. 48bis, §1, GJS)

2.1. In Bezug auf Minderjährige gilt es, die Bestimmungen von Artikel 48bis, §1 GJS nicht außer Acht zu lassen. Dort heißt es: *„Wenn einem Jugendlichen infolge seiner Verhaftung die Freiheit entzogen wurde oder er gegen das Versprechen vor Gericht zu erscheinen oder gegen eine unterzeichnete Verpflichtung auf freien Fuß gesetzt wurde, muss der für die Freiheitsentziehung verantwortliche Polizeibeamte den Vater und die Mutter des Minderjährigen, seinen Vormund oder die Personen, die das Sorgerecht über ihn haben, schnellstmöglich mündlich oder schriftlich über die Verhaftung, die Gründe dafür und den Ort, an dem der Minderjährige festgehalten wird, informieren oder informieren lassen. Ist der Minderjährige verheiratet, muss statt oben erwähnter Personen sein Ehepartner Bescheid bekommen.“*

2.2. Dieses Recht ist nur vorgesehen für eine Person, die zum Zeitpunkt der Freiheitsentziehung minderjährig ist.

2.3. Es handelt sich um ein zusätzliches Recht, in dessen Genuss der Minderjährige weiterhin kommen muss und das mit den neuen Bestimmungen des GUH in Einklang zu bringen ist.

2.4. Im Prinzip ist die Vertrauensperson die in Artikel 48bis, §1 GJS erwähnte Person, aber es kann auch sein, dass ein Jugendlicher darum bittet, eine andere Person zu benachrichtigen, beispielsweise einen Verantwortlichen der Einrichtung, in der er sich aufhält.

2.5. Artikel 48bis, §1 GJS erlaubt es dem Prokurator des Königs oder dem Untersuchungsrichter nicht – wie in Artikel 2, §3 GUH vorgesehen – die Benachrichtigung der Vertrauensperson *„für die Dauer, die zum Schutz der Belange der Untersuchung notwendig ist, hinauszuschieben“*. (frei übersetzt) Daraus folgt, dass die in Artikel 48bis, §1 GJS erwähnten Personen immer über die Festnahme des Minderjährigen zu informieren sind.

IV. Anordnung zur Verlängerung des Freiheitsentzugs

1. Der in das GUH eingefügte Artikel 15*bis* ermöglicht es dem - auf Anforderung des Prokurators des Königs oder von Amts wegen tätig werdenden - Untersuchungsrichter die Verlängerung der Frist für den Freiheitsentzug um 24 Stunden anzuordnen.

2. Den Richtlinien von COL 8/2011 entsprechend bedeutet die Verlängerung der Freiheitsentzugsfrist um 24 Stunden, dass die Einleitung einer Untersuchung beim Untersuchungsrichter beantragt wird.

3. Handelt es sich um einen Minderjährigen oder eine Person, die strafrechtlich verfolgt wird wegen einer als Straftat qualifizierten Tat, die vor dem Alter von achtzehn Jahren begangen wurde, so wird daran erinnert, dass der Antrag an den Untersuchungsrichter nur auf der Grundlage von Artikel 49GJS gestellt werden kann. Folglich kann eine Angelegenheit nur bei „*absoluter Notwendigkeit*“ und „*besonderen Umständen*“ beim Untersuchungsrichter anhängig gemacht werden.

4. Dies bedeutet ebenfalls, dass der Prokurator des Königs sich nicht darauf beschränken kann, „*schwerwiegende Schuldindizien*“ (frei übersetzt) und „*die besonderen Umstände der Angelegenheit*“, (frei übersetzt) anzugeben. Vorbehaltlich dessen, was unter Punkt 5. erläutert wird, muss er außerdem die Notwendigkeit der Einleitung einer richterlichen Untersuchung rechtfertigen und angeben, warum die Umstände besonders sind und was genau eine zwingende Notwendigkeit für die öffentliche Sicherheit ist.

5. Darüber hinaus gibt es zwei Fälle, in denen ein Untersuchungsrichter dazu befugt ist, eine Untersuchung gegen einen Minderjährigen einzuleiten, und zwar:

- wenn die Abgabe der Angelegenheit hinsichtlich des Jugendlichen ausgesprochen wurde (Artikel 57*bis* GJS)
- bei einer Verfolgung wegen Verstößen gegen die Bestimmungen der Gesetze und Verordnungen über den Straßenverkehr, gegen die Artikel 418, 419 und 420 des Strafgesetzbuches (fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung), sofern sie mit diesen Verstößen einhergehen, oder gegen das Gesetz vom 21. November 1989 über die Haftpflichtversicherung in Bezug auf Kraftfahrzeuge (Artikel 36*bis*, GJS).

In diesen beiden Fällen ist der Untersuchungsrichter selbstverständlich nicht auf Basis von Artikel 49 GJS mit der Angelegenheit zu befassen.

V. Recht auf anwaltlichen Beistand bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter (Art. 16, §2, Abs. 2 bis 4, GUH)

A. Erscheinen vor dem Untersuchungsrichter, wenn Haftbefehl erlassen werden kann

1. Artikel 16 GUH, in dem die Inhalts- und Formvorschriften des Haftbefehls präzisiert werden, gilt im Prinzip nicht für Minderjährige, gegen die kein Haftbefehl erlassen werden kann. Allerdings bestehen zwei (bereits in Punkt IV.5. genannte) Ausnahmen, und zwar der Fall, wo die Rechtssache gegen den Minderjährigen abgegeben wurde (Artikel 57bis GJS) und bei der Verfolgung eines in Artikel 36bis GJS erwähnten Deliktes, das mit Fahrerflucht einhergeht.

2. Nur in diesen beiden Fällen³ gilt das allgemeine Recht über die Untersuchungshaft⁴. Die neuen durch Artikel 7 des Gesetzes vom 13. August 2011 eingeführten Bestimmungen sind infolgedessen anwendbar auf (eventuell volljährig gewordene) Minderjährige, für die diese zwei Ausnahmen gelten.

3. Der Minderjährige kann nicht auf sein Recht auf anwaltlichen Beistand verzichten. Ist die Person dagegen zum Zeitpunkt der Vernehmung volljährig, kann sie rechtsgültig auf diesen Beistand verzichten (siehe II.C.5. und III.B.2. weiter oben).

B. Erscheinen vor dem Untersuchungsrichter, wenn dies auf der Grundlage von Artikel 49 GJS beantragt wurde.

1. Es sind ebenfalls die Situationen zu berücksichtigen, wo beim Untersuchungsrichter die Einleitung einer Untersuchung gegen einen Minderjährigen oder Volljährigen, der in Verdacht steht, eine als Straftat qualifizierte Tat begangen zu haben, ehe er das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, auf der Grundlage von Artikel 49 GJS beantragt wird.

2. Absatz 3 von Artikel 49 GJS besagt Folgendes: „*Der Betreffende hat bei jedem Erscheinen vor dem Untersuchungsrichter Anrecht auf den Beistand eines Rechtsanwalts. Dieser Rechtsanwalt wird gegebenenfalls gemäß Artikel 54bis bestellt. Der Untersuchungsrichter kann jedoch auch ein getrenntes Gespräch mit dem Betreffenden führen.*“

3. Da es sich um eine im Gesetz über den Jugendschutz aufgenommene besondere Bestimmung handelt, ist diese aufgrund von Artikel 62 dieses Gesetzes anzuwenden.

³ Wobei der Fall hinzugefügt werden muss, wo der Minderjährige, der das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat und gegen den ein Europäischer Haftbefehl erlassen wurde, vor dem Untersuchungsrichter erscheint (Art. 11, §1 des Gesetzes über den Europäischen Haftbefehl). In diesem Fall muss der Minderjährige in den Genuss der Rechte kommen, die im Gesetz über die Untersuchungshaft vorgesehen sind.

⁴ Artikel 3 von Artikel 36bis GJS besagt Folgendes: „*Das Gesetz über die Untersuchungshaft ist nicht anwendbar auf im vorliegenden Artikel erwähnte Personen, außer bei Fahrerflucht*“ und zielt einzig darauf ab, die Möglichkeit eines Haftbefehls auszuschließen, wenn keine Fluchtgefahr besteht.

4. „Der Betreffende“ bezieht sich sowohl auf den Minderjährigen wie auf den Volljährigen. Es gilt sich auf den Absatz von Artikel 49 GJS zu beziehen, in dem es heißt: *„In Dringlichkeitsfällen kann der Untersuchungsrichter gegenüber einer Person, die vor dem Alter von achtzehn Jahren eine als Straftat qualifizierte Tat begangen hat, selbst dann, wenn der Antrag der Staatsanwaltschaft eingereicht wurde, nachdem diese Person das achtzehnte Lebensjahr erreicht hat, eine der in Artikel 52 erwähnten Betreuungsmaßnahmen ergreifen ...“*.

5. Da im allgemeinen Gesetz (GUH) außerdem zusätzliche und günstigere Garantien gewährt werden als im GJS, muss eine Person, gegen die eine Untersuchung aufgrund von Artikel 49 GJS eingeleitet wurde, dieselben Rechte haben, wie die Person, gegen die eine Untersuchung auf der Grundlage eines Verfahrens des gemeinen Rechts eingeleitet wurde.

Hier handelt es sich um das Recht des Anwalts Bemerkungen vorzubringen in Bezug auf *„die Einhaltung des Rechts der befragten Person, sich nicht selbst zu beschuldigen, sowie ihre Freiheit zu entscheiden, ob sie eine Erklärung abgeben, die ihr gestellten Fragen beantworten oder schweigen will“* (frei übersetzt) (Art. 2bis, §2, Abs. 3, 1. GUH); *„die Art und Weise, wie die befragte Person während der Vernehmung behandelt wird, insbesondere die offensichtliche Ausübung unerlaubten Drucks oder Zwangs“* (frei übersetzt) (Art. 2bis, §2, Abs. 3, 2. GUH) und schließlich *„die Belehrung über die in Artikel 47bis des Strafprozessgesetzbuches genannten Rechte der Verteidigung und die Gesetzmäßigkeit der Vernehmung“* (frei übersetzt) (Art. 2bis, §2, Abs. 3, 3. GUH).

6. Selbstverständlich sind diese Rechte nur in den Situationen anzuerkennen, die vergleichbar sind mit den Situationen, wo sie den volljährigen Personen zugestanden werden, das heißt, wenn der Minderjährige bzw. der Volljährige, der in Verdacht steht, vor seinem achtzehnten Lebensjahr eine als Straftat qualifizierte Tat begangen zu haben, binnen der Frist für die Freiheitsentziehung vor dem Untersuchungsrichter erscheint.

Der Betreffende hat ebenfalls das Recht auf anwaltlichen Beistand bei der Nachstellung.

7. Wie steht es um das Recht, Anmerkungen vorbringen zu können über die mögliche Verhängung eines Haftbefehls gegen ihn (Art. 16, §2, Abs. 2 GUH)? Auch wenn der Richter, bei dem die Angelegenheit auf der Grundlage von Artikel 49 GJS anhängig gemacht wurde, keinen Haftbefehl erlassen darf, kann er trotzdem eine freiheitsentziehende Maßnahme verhängen, nämlich eine Maßnahme zur Unterbringung in einer geschlossenen Erziehungsanstalt auf Gemeinschaftsebene oder in einer föderalen Anstalt zur vorläufigen Unterbringung von Minderjährigen. In derartigen Fällen muss also auf dieselbe Art und Weise vorgegangen werden wie bei der vorläufigen Festnahme.

Brüssel, den 23. November 2011

Der Generalprokurator beim Appellationshof Brüssel, Vorsitzender des Kollegiums
der Generalprokuratoren

(Unterschrift)
Marc de le COURT

Der Generalprokurator beim Appellationshof von Lüttich

(Unterschrift)
Cédric VISART de BOCARME

Der Generalprokurator beim Appellationshof von Mons

(Unterschrift)
Claude MICHAUX

Der Generalprokurator beim Appellationshof von Antwerpen

(Unterschrift)
Yves LIEGEOIS

Der Dienst tuende Generalprokurator beim Appellationshof von Gent

(Unterschrift)
Anita HARREWYN